

Schweiz

Cleantech-Vertreter starten Offensive

Solarzellen könnten bei gezielter Förderung ein Sechstel unseres Strombedarfs in 40 Jahren decken, sagen deren Hersteller. Die Stromerzeuger sprechen von «absolut unrealistischen» Annahmen.

Von Christian Brönnimann, Bern

Cleantech - saubere Technologie: Spätestens seitdem der Bundesrat beschlossen hat, aus der Atomenergie auszusteigen, ist der Begriff in aller Munde. Gemeint sind damit nachhaltige Produktionsformen in den verschiedensten Branchen. Der Hersteller von Solarpanels schmückt sich genauso gerne mit dem Begriff, wie der Bäcker, der seinen besonders effizienten Backofen mit Solarenergie betreibt.

Im «Masterplan Cleantech» schätzen Experten der Bundesverwaltung die Grösse des Cleantech-Segementes in der Schweiz auf 160 000 Arbeitsplätze - Tendenz wegen des grossen Potenzials steigend. Umso unerfreulicher ist eines der Fazite des Berichts: Im internationalen Vergleich hat die Schweiz im letzten Jahrzehnt an Boden verloren. Einerseits ging der Anteil an Cleantech-Patenten am Total der neu angemeldeten Patente zurück, andererseits lag die Wachstumsrate bei Cleantech-Exporten unter dem Durchschnitt. «Die Schweiz hat Entwicklungen verschlafen», sagt Nick Beglinger, Präsident des Wirtschaftsverbandes Swisscleantech. Die Zeit der Billigstrom-Strategie sei vorbei.

150 km² bedeckt mit Solarzellen

Nun wollen die Cleantech-Interessenvertreter aufholen. Der Zeitpunkt dazu ist nach der Atomkatastrophe in Japan güns-

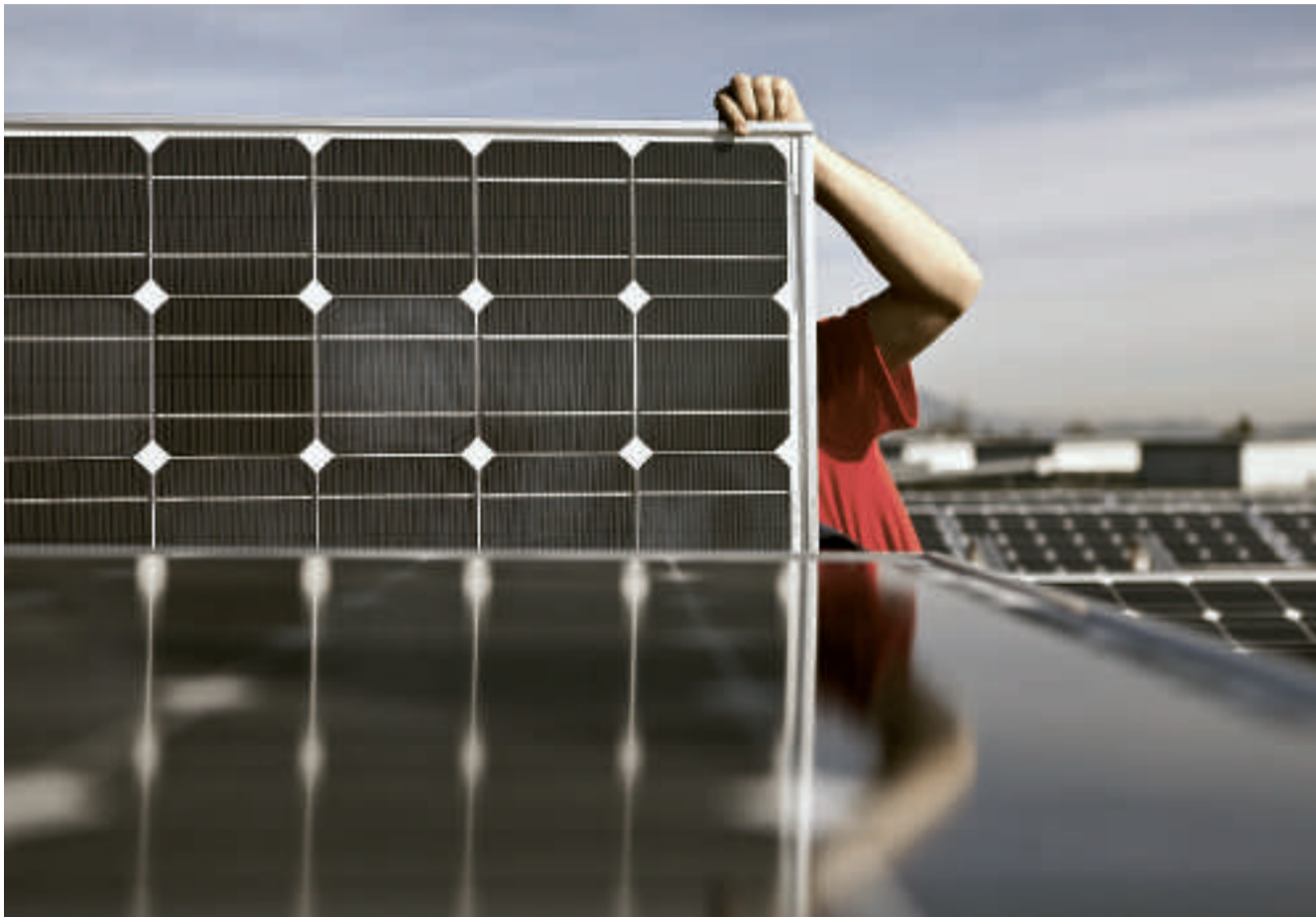
Dossier - Atomausstieg in der Schweiz
www.atomausstieg.tagesanzeiger.ch

tig. Rechtzeitig vor der morgigen Energie-debatte im Nationalrat hat Swisscleantech gestern seine Energiestrategie präsentiert. Bei der Stromversorgung liegt der Fokus auf der Solarenergie. 2050 soll die Sonne gemäss dem Cleantech-Szenario jährlich knapp 25 Terawattstunden Energie liefern, was einem Sechstel des gesamten Energiebedarfs entspricht. Dafür notwendig wäre eine Solarzellen-Fläche von 150 Quadratkilometern - 400-mal mehr als heute. Hierfür sollen aber nicht Landstriche zugepflastert, sondern Hausdächer genutzt werden. In Ziegel oder andere Baumaterialien integrierte Solarzellen würden zum Standard, prophezeit Beglinger.

Anreize für die Produktion von Solarenergie schaffen, möchte Swisscleantech mit einer «Risikoprämie» auf Atomstrom von fünf Rappen pro Kilowattstunde. Elektrizität aus Wasserkraft soll mit einem Rappen zusätzlich belastet werden. Mit dem Geld könnten nachhaltige Projekte gefördert werden. In gut zwei Jahrzehnten würden die Gestehungskosten für Solarenergie den mittleren Marktpreis erreichen, so die Prognose.

Ungelöste Probleme

Als «absolut unrealistisch» bezeichnet Kurt Wiederkehr vom Verband Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen die Annahmen. Rein technisch sei zwar vieles machbar, einen Solar-Ausbau in diesem Umfang in der Praxis umzusetzen, sei jedoch utopisch, sagt er. Drei Hauptfaktoren sprächen dagegen. Erstens: Um Leistungsspitzen auffangen zu können, müsste die Kapazität des Stromnetzes bis in die Quartiere massiv ausgebaut werden. Zweitens: Um den unregelmäs-



In Dächer integrierte Solarzellen müssten zum Standard in der Schweiz werden. Foto: Martin Rüttschi (Keystone)

sig anfallenden Solarstrom bedarfsgerecht zur Verfügung zu stellen, müssten viele neue Pumpspeicherkraftwerke gebaut werden. Und drittens falle 70 Prozent des Solarstroms im Sommer an, die Saisonspeichermöglichkeit in den Alpen seien aber weitgehend genutzt.

Dem Cleantech-Szenario ebenfalls skeptisch gegenüber steht der Wirtschafts-Dachverband Economiesuisse.

Am Wochenende startete er zusammen mit weiteren Verbänden eine PR-Kampagne gegen den Atomausstieg (siehe Text unten). Dennoch sei Cleantech auch bei Economiesuisse ein wichtiges Thema, sagt Geschäftsleitungsmitglied Dominique Reber. Der Austausch mit Swisscleantech sei rege, und in vielen Zielen stimme man überein. Die Meinungen gingen aber insbesondere bei der Frage

nach dem Wie auseinander. «Wir wollen keine Subventionswirtschaft», sagt Reber. Genau darauf laufe die Forderung von Swisscleantech hinaus, so Reber. Dagegen wehrt sich Nick Beglinger. Er spricht lieber von «Förderung» oder «Umverteilung». Eine Vollkostenrechnung zeige, dass wegen externalisierter Kosten heute die Atomkraft subventioniert werde.

Inseratekampagne

Der Gewerbeverband wendet sich den Atomfreunden zu

Noch vor kurzem nannte der Gewerbeverband die Energiepläne des Bundesrats «nachvollziehbar». Jetzt warnt Präsident Zuppiger in Inseraten davor.

Von Fabian Renz, Bern

Atombefürworter wie -gegner staunten, als sie vor zwei Wochen die Stellungnahme des Schweizerischen Gewerbeverbands (SGV) zu den Energieszenarien des Bundesrats lasen. Anders als der Wirtschaftsdachverband Economiesuisse lehnte der rechtsbürgerliche SGV den vorgeschlagenen Ausstieg aus der Kernenergie nicht rundweg ab. Der bundesrätliche Entscheid stelle einen «nachvollziehbaren Kompromiss» dar, hiess es im SGV-Kommuniqué. Das Gewerbe hoffe dank der neuen energiepolitischen Prioritäten auf Aufträge, doppelte Verbandsdirektor Hans-Ulrich Bigler in den Medien nach.

Ganz anders tönte es letztes Wochenende: Zusammen mit weiteren Wirtschaftsvertretern warnte SGV-Präsident

Bruno Zuppiger in ganzseitigen Zeitungsinseraten vor «vorschnellen Entscheidungen». Der Bundesrat wolle die «bewährte Schweizer Stromversorgung umstossen», behaupteten die Inserenten. Zuppiger selber wurde mit einem ausdrücklichen Bekenntnis zur «Option Kernkraft» zitiert. Der SVP-Nationalrat hatte sich, im Unterschied zu Hans-Ulrich Bigler, schon zuvor sehr skeptisch zum Atomausstieg geäussert.

Von einem Meinungsgegensatz oder einer Kehrtwende wollen freilich weder Zuppiger noch Bigler etwas wissen. Bigler erklärte gestern, er teile Zuppigers Meinung, wonach ein Nein zur Atomenergie zum jetzigen Zeitpunkt verfrüht wäre. Zuppiger seinerseits verwies darauf, dass der SGV bereits früher ein Positionspapier verfasst habe, in dem ein Verbot der Atomtechnologie abgelehnt werde. Das eingangs zitierte Kommuniqué des Verbands zu den bundesrätlichen Energieszenarien bezeichnet Zuppiger als «etwas zu euphorisch» und insofern «nicht ganz glücklich formuliert». Richtig sei, dass der SGV Investitionen in erneuerbare Energien sowie Massnahmen zur Energieeffizienz begrüsse.



H.-U. Bigler.



B. Zuppiger.

Beobachter sprechen allerdings von einem Richtungskampf, der innerhalb des Verbands tobe. Vor allem die Vertreter der Handwerkerbranchen würden gerne eine progressivere energiepolitische Haltung mehrheitsfähig machen.

Zu ihnen gehört CVP-Nationalrat Ruedi Lustenberger (LU), der den Dachverband der Schreinermeister präsidiert und im Vorstand des SGV sitzt. Er könne damit leben, dass er dort vorerst eine Minderheitsposition vertrete, sagt Lustenberger: «Doch der SGV muss aufpassen, dass er sich nicht in den Rucksack der Economiesuisse packen lässt. Er wäre es seinen Mitgliedern eigentlich schuldig, in der Energiefrage eine eigenständige Position zu vertreten.»

Bundesrat lässt gegen Ghadhafi ermitteln

Obwohl Ghadhafi wohl kaum je in der Schweiz vor Gericht gestellt wird, begrüssen Politiker das Verfahren wegen Geiselnahme.

Von David Schaffner, Bern

Die Verschleppung von Max Göldi und Rachid Hamdani im Herbst 2009 aus der Schweizer Botschaft in Tripolis hat ein juristisches Nachspiel: Die Regierung hat gestern entschieden, dass sie die Bundesanwaltschaft zu einer Strafuntersuchung gegen das libysche Regime ermächtigt. Aussenpolitiker begrüssten den Schritt, obwohl «die Einleitung eines Verfahrens kaum mehr als eine symbolische Handlung darstellt», wie Strafrechtsprofessor und SP-Nationalrat Daniel Jositsch erklärt.

Laut Jositsch kann die Bundesanwaltschaft «nur Anfangsermittlungen vornehmen, solange sich die mutmasslichen Täter nicht in der Schweiz befinden und befragt werden können». Es sei allerdings unwahrscheinlich, dass sich Ghadhafi je in der Schweiz werde verantworten müssen. Dennoch hält Jositsch den Entscheid für politisch richtig und juristisch korrekt: «Ghadhafi hat mit der Geiselnahme internationales Recht verletzt. Es ist daher wichtig, dass die Schweiz ein politisches Signal sendet.»

Früheres Verfahren erfolglos

Gleicher Meinung ist Eugen David, CVP-Ständerat und Präsident der Aussenpolitischen Kommission der kleinen Kammer: «Diktatoren haben oft das Gefühl, dass sie nie zur Rechenschaft gezogen werden. Nur wenn wir Straftaten von Diktatoren konsequent verfolgen, können wir internationales Recht durchsetzen.» David hofft, dass der internationale Strafgerichtshof in Den Haag eine Untersuchung gegen Ghadhafi und Gefolgschaft eröffnet. Mitte Mai hat Chefankläger Luis Moreno-Ocampo einen Haftbefehl gegen Ghadhafi und Angehörige seines Clans beantragt. «Die Geiselnahme könnte in einem Prozess in Den Haag eine Rolle spielen, auch wenn Ghadhafi schwerwiegendere Taten vorgeworfen werden», meint Eugen David.

Laut Jositsch hat das Strafverfahren in der Schweiz einen weiteren Vorteil: «Falls zu einem späteren Zeitpunkt plötzlich eine Person aus Ghadhafis Umfeld in der Schweiz auftaucht und Verdachtsmomente bestehen, können wir diese Person verhaften.» Ohne Verfahren sei dies nicht umgehend möglich. Keine Freunde am Entscheid des Bundesrates hat SVP-Nationalrat Christoph Mörgeli: «Nicht die Schweiz muss handeln, sondern die UNO.» Diese sei zuständig für internationale Fälle.

Welche Schritte die Bundesanwaltschaft nun einleitet, erläutert sie nicht. Sie hatte den Bundesrat im März um eine Ermächtigung zu Ermittlungen ersucht, nachdem das Aussendepartement eine Strafanzeige wegen Verschleppung eingereicht hatte. Die Regierung teilt mit, es gebe keine politischen Gründe, die ein Verfahren verunmöglichen. Ein ähnliches Verfahren musste die Bundesanwaltschaft 2008 jedoch einstellen. Sie hatte wegen der 2003 in Algerien entführten Sahara-Geiseln ermittelt, konnte der Täter aber nicht habhaft werden.

Der Ständerat will keine schlafenden Hunde in Brüssel wecken

Das EU-Beitritts-gesuch bleibt in Brüssel liegen. Die SVP ertete im Ständerat heftige Kritik für die Forderung, das Gesuch zurückzuziehen.

Von Markus Brotschi, Bern

Der Ständerat machte gestern den Anfang einer Europadebatte, welche die SVP auf die Traktandenliste dieser Sommersession gesetzt hatte. Die Kleine Kammer zeigte allerdings keine Lust zu einer Redeschlacht, wie sie am Donnerstag im Nationalrat zu erwarten ist. Zur Diskussion stand einzig die Motion von Maximilian Reimann (SVP/AG), der den Rückzug des EU-Beitritts-gesuchs verlangte. Solche Vorstösse reicht die SVP

seit dem Nein des Volkes zum EWR-Beitritt immer wieder ein. Erneut blitzte sie damit ab: Der Ständerat stimmte mit 33 zu 8 Stimmen gegen einen Rückzug.

Aus den Reihen von CVP, FDP und SP wurde einmal mehr gewarnt, der Rückzug eines längst bedeutungslosen Gesuchs würde «Irritationen» in Brüssel auslösen. Die Verhandlungen mit der EU über ein Elektrizitätsabkommen würden ohne Not erschwert, sagte Ivo Bischofberger (CVP/AD). Aussenministerin Micheline Calmy-Rey fragte Reimann energievoll: «Wollen Sie von mir, dass ich nach Brüssel renne, um das Gesuch zurückzunehmen?» Das würde lediglich Missverständnisse verursachen und der Glaubwürdigkeit der Schweiz schaden. Mit Mühe sei es gelungen, die EU für Gespräche über die Weiterentwicklung der bi-

lateralen Verträge zu gewinnen. Ein Belassen des Gesuchs sei kein Signal für einen EU-Beitritt, sondern für die Fortsetzung des bilateralen Wegs.

Einige Ständeräte rückten Reimanns Vorstoss in die Nähe einer Störung des Ratsbetriebs. Peter Briner (FDP/SH) reagierte mit der Bemerkung, «dass tiefgefrorener Chabis auch nach mehrmaligem Aufwärmen nicht besser wird». Alain Berset (SP/FR) kritisierte: «Wir sollten besser über die wahren Probleme im Verhältnis zur EU reden», etwa wie die Schwierigkeiten bei der Personenfreizügigkeit behoben werden könnten.

Das im Mai 1992 gestellte Gesuch habe keine Rechtswirkung mehr, sagte Bischofberger. Die Schweiz habe damals bei der Europäischen Gemeinschaft (EG) um Aufnahme von Beitrittsverhandlungen

ersucht. Aus dieser Gemeinschaft von 12 Ländern sei die EU mit 27 Mitgliedern hervorgegangen. Calmy-Rey doppelte nach: «Es gibt kein EU-Beitritts-gesuch der Schweiz.» Briner verglich das Gesuch mit einem Liebesbrief, der nie zu einer Beziehung geführt hat. «Niemandem käme es in den Sinn, den Brief nach 20 Jahren zurückzuverlangen.»

Auch SVP-Ständerat Alex Kuprecht (SZ) bezeichnete das Gesuch als «gegenstandslos». Daraus zog er aber den gegenteiligen Schluss wie FDP, CVP, SP und Grüne. Die Schweiz könne das Gesuch zurückziehen, ohne das Verhältnis zur EU zu belasten. Unterstützung erhielt die SVP nur von CVP-Ständerat Filippo Lombardi (TI). Angesichts des zunehmenden Drucks der EU auf die Schweiz müsse diese das Zeichen setzen,

dass sie sich nicht zu Beitrittsverhandlungen drängen lasse.

Reimann bezeichnete das Belassen des Gesuchs als Ausdruck einer «devoten Rücksichtnahme». Der Bundesrat zeige sich gar bereit, mit der EU über die automatische Übernahme von EU-Recht und die Anerkennung von EU-Gerichten zu verhandeln. Stattdessen müsste die Schweiz über die Personenfreizügigkeit und das Schengen/Dublin-Abkommen nachverhandeln. Diese Forderungen dürften am Donnerstag die Debatte im Nationalrat dominieren. Calmy-Rey warnte bereits vor Illusionen. Neuverhandlungen würden für die Schweiz grosse Risiken bergen. Es sei fraglich, ob unser Land heute in einer besseren Position sei als bei der Aushandlung der kritisierten bilateralen Abkommen.